Julia Willie Hamburg
Niedersächsische Kultusministerin

Hannover, 10. Oktober 2023

Sehr geehrte Schulleitungen,

die aktuellen erschreckenden Ereignisse in Israel, die terroristischen Angriffe auf israelisches Staatsgebiet und die Menschen, die dort leben bzw. sich dort aufhalten, sowie die gewaltsame Eskalation des Nahostkonflikts, bereiten uns allen große Sorgen. Deutschland trägt eine besondere Verantwortung für den Schutz und die Sicherheit des Staates Israel.

Unsere Pädagoginnen und Pädagogen wissen, wie wichtig es ist, mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen behutsam und reflektiert in der Schule über aktuelle schwerwiegende – besonders beängstigende und bedrohlich erscheinende – Ereignisse zu sprechen. Sie sind die Expertinnen und Experten für ihre Schülerinnen und Schüler und wissen am besten, was sie bewegt, was sie benötigen und worüber sie sprechen möchten.

Wir begrüßen und unterstützen es daher ausdrücklich, wenn unsere Lehrkräfte und unser pädagogisches Personal die aktuelle Entwicklung in Israel und Palästina und damit verbundene Ängste und Sorgen auch in Deutschland tagesaktuell mit den Schülerinnen und Schülern erörtern.

Dabei haben sie alle didaktischen und pädagogischen Freiheiten innerhalb und außerhalb des Unterrichts, um die Ereignisse in Israel, im Gazastreifen und darüber hinaus altersgemäß sensibel zu thematisieren, zu erklären – aber auch grundsätzlich das friedvolle und/oder nicht-friedvolle Zusammenleben der Menschen zu erörtern und dies in Richtung von grundsätzlichen Werten, moralischem Handeln, Menschenrechten, Solidarität oder Glaube zu vertiefen. Manchmal geht es zunächst auch nur ums Zuhören und Aufnehmen von Sorgen und Ängsten.

Eines steht dabei – auch angesichts solcher Ängste und Sorgen – außer Frage: Mögliche antisemitische oder israelfeindliche Äußerungen oder Handlungen – egal in welcher Form – werden in unseren Schulen nicht toleriert. Ihnen muss energisch entgegengetreten werden, wie im Übrigen allen Standpunkten und Meinungen, die mit der freiheitlich-demokratischen

Hans-Böckler-Allee 5 · 30173 Hannover
Telefon: 0511 120-0 · Fax: 0511 120-7450 · E-Mail: ministerbuero@mk.niedersachsen.de

Grundordnung und den Menschenrechten nicht vereinbar sind. Dies ist auch bereits im Erlass „Stärkung der Demokratiebildung an öffentlichen allgemein bildendenden und berufsbildenden Schulen und Schulen in freier Trägerschaft“ (RdErl. d. MK vom 11.05.2021) klar festgehalten.

In diesem Zusammenhang ist Schule als „sicherer Hafen“ für Kinder und Jugendliche oftmals eine wichtige Säule von Stabilität in Zeiten von Umbrüchen und Unsicherheit. Gerade die routinierten Abläufe und die Verlässlichkeit von Schule bieten Sicherheit und Orientierung.

Das gilt für alle Schulformen und unabhängig vom Fachunterricht. Besonders gut eignen sich hier jedoch Fächer der Gesellschaftswissenschaften: Gesellschaftslehre, Geschichte, Politik bzw. Politik-Wirtschaft, Erdkunde, aber auch Religion, Werte und Normen, Philosophie. Daneben bieten sich natürlich auch die Sprachen inklusive der Fremdsprachen dafür an, sich mit Themen wie Krieg und Frieden auseinanderzusetzen. Wenn es um Krieg, kriegerische Gewalt und Terror geht, ist jedoch kein Lebensbereich unberührt, so dass diese Themen potentiell in jedem erörtert werden können. Hinzu kommen die Möglichkeiten für eine Beschäftigung mit diesen Themen im Rahmen von fächerübergreifenden Projekten oder in der Schulkultur.

Ergänzend dazu, dass die Lehrkräfte ihr pädagogisch-didaktisches Handwerkszeug auch in dieser Krisenlage einzusetzen wissen, stehen ihnen die speziellen Angebote der Schulpsychologie zur Verfügung. Damit können auch emotional belastende Individuallagen von Schülerinnen und Schülern, sowie deren Lehrkräfte über das innerschulische Angebot hinaus professionell begleitet werden. In diesem Zusammenhang möchte ich auf Hinweise und Empfehlungen, die in Hinsicht auf den Krieg in der Ukraine auf dem Bildungsportal Niedersachsen zusammengestellt wurden und auch für den Konflikt in Israel Orientierung geben können verweisen: https://bildungsportal-niedersachsen.de/ukraine-konflikt-empfehlungen-fuer-lehrkraefte. Diese Angebote werden wir in den kommenden Tagen entsprechend der neuen Situation aktualisieren und anpassen.

Ebenso möchte ich Sie auf die zahlreichen Angebote der Friedens- und Demokratiebildung in Niedersachsen hinweisen. Mit der „Koordinierungsstelle Friedensbildung“ ist am NLQ eine Struktur etabliert worden, über die Referentinnen und Referenten für sicherheitspolitische und friedenspädagogische Fragestellungen in den schulischen Unterricht geholt werden können. Nähere Informationen hierzu finden Sie ebenfalls auf den Seiten des Bildungsportals Niedersachsen: https://bildungsportal-niedersachsen.de/demokratiebildung/friedensbildung.

Haben Sie herzlichen Dank für Ihr Engagement, besonders für die Begleitung unserer Schülerinnen und Schüler in diesen herausfordernden Zeiten.

Herzliche Grüße
In Vertretung der Ministerin

Marco Hartrich
Staatssekretär